



öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Verwaltungs- und Finanzausschuss

Sitzung am 08.04.2019

TOP 3: Aufbau einer eigenen Kompetenz für europaweite Ausschreibungen / Einrichtung einer eigenen zentralen Vergabestelle

A. Beschlussvorschlag:

Von der Einrichtung einer eigenen Zentralen Vergabestelle wird abgesehen.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen: Keine

Anlagen:

öffentlich**Aufbau einer eigenen Kompetenz für europaweite Ausschreibungen / Einrichtung einer eigenen zentralen Vergabestelle**

Im Rahmen der Haushaltsberatungen stellte die SPD-Fraktion folgenden Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzungsrunde darzulegen, welche Argumente für den Aufbau von eigener Kompetenz europaweiter Ausschreibungen sprechen, welche dagegen.“

Sachstand:

In den Jahren 2017/18 wurden im Landratsamt 10 EU-weite Vergabeverfahren mit einem Gesamtvolumen von ca. 17 Mio. EUR durchgeführt. Die Vergaben waren überwiegend Bauleistungen (Straßenbau und Gebäudemanagement), darüber hinaus in den Bereichen Abfallwirtschaft, ÖPNV, IuK und Breitbandplanungen. Die Kosten für externe Unterstützung bei diesen „großen“ Ausschreibungen beliefen sich auf insgesamt ca. 300.000 EUR.

Die externe Unterstützung war in fast allen Vergabeverfahren notwendig zur exakten und rechtssicheren Erstellung des Leistungsverzeichnisses. In einzelnen Verfahren wurde die externe Begleitung bis zur Bieterauswahl in Anspruch genommen.

Externe Unterstützung ist notwendig und ökonomisch sinnvoll bei Vergabeverfahren, die sehr spezielle Kenntnisse im Leistungsbeschrieb und „Insiderwissen“ in den angefragten Marktsegmenten erfordern.

Seit Dezember 2018 erfolgen im Landratsamt sämtliche Vergabeverfahren (ausgenommen Straßenbauamt, hier gemeinsame Ausschreibung mit dem Regierungspräsidium) einheitlich über ein elektronisches Vergabe-Informationen-System („ELViS“). Hierbei handelt es sich um eine webbasierte Vergabeplattform über die die Vergabe und Kommunikation elektronisch abgewickelt und zugleich der Verpflichtung Rechnung getragen wird, EU-weite Vergabeverfahren digital durchzuführen.

Eine vom Landratsamt Biberach kürzlich unter den Landratsämtern im Regierungsbezirk Tübingen durchgeführte Umfrage zeigt ein heterogenes Bild. Der Landkreis Ravensburg hat eine Vergabestelle mit 2,7 VZÄ, Sigmaringen mit 2,5 VZÄ, der Bodenseekreis eine Personalstelle und Tübingen mit 1,95 VZÄ (verteilt auf 2 Fachbereiche). Die Kreise Reutlingen, Biberach und der Zollernalbkreis haben derzeit keine zentrale Vergabestelle.

Bewertung der Verwaltung:

Die Bündelung von Vergabeverfahren in einer zentralen Vergabestelle würde die Schaffung von zwei zusätzlichen Personalstellen erfordern. Diesem Aufwand von ca. 150.000 – 200.000 EUR p. a. stehen keine adäquaten Einsparungen gegenüber.

Trotz Einrichtung einer Vergabestelle wäre bei Vergabeverfahren, die ein spezielles Fachwissen und Kenntnisse des einschlägigen Marktes verlangen, weiterhin externe Unterstützung notwendig. Zudem können bei den ausschreibenden Fachämtern keine Stellenkontingente im entsprechenden Umfang abgezogen werden.

öffentlich

Die Verwaltung ist deshalb der Meinung, dass die Einrichtung einer internen Vergabestelle keinen aufwandübersteigenden Mehrwert bringt (Kategorie wünschenswert aber nicht zwingend notwendig). Der Mehrwert, den eine eigene zentrale Vergabestelle bei der „unfallfreien“ formalen Abwicklung von Ausschreibungen erbringen würde, wird bei uns dadurch kompensiert, dass Dienststellen, die nur in längeren Zeitabständen – damit weniger routiniert – Ausschreibungen durchführen, hausintern von Ämtern unterstützt werden, die in Vergabeverfahren durch regelmäßige Übung „sattelfest“ sind.